



Aus Frauenperspektive. Grundsätzlich!

**Beschluss A des 35. Bundesdelegiertentages
der Frauen Union der CDU Deutschlands,
16./17. September 2023, Hanau**

Frauen Union der
CDU Deutschlands
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefon 030/22070-453
Telefax 030/22070-439
www.frauenunion.de
fu@cdu.de

CDU



Aus Frauenperspektive. Grundsätzlich!

Als Frauen Union der CDU Deutschlands stehen wir seit unserer Gründung im Jahr 1948 für die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wir arbeiten für Deutschland in einem Europa, das die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau in allen Bereichen der Gesellschaft vorantreibt und verwirklicht. Sie ist Ziel und Maßstab unseres politischen Handelns.

Nach den Erfahrungen mit der Entrechtung und Unterdrückung von Frauen in der Nazi-Diktatur und im 2. Weltkrieg setzten sich CDU-Frauen wie Helene Weber 1948 für den Aufbau unserer Demokratie und Gleichberechtigung ein. 1989 demonstrierten Frauen in der DDR friedlich für Freiheit, Demokratie und die deutsche Einheit. Heute gerät unsere Demokratie unter neuen Druck. Sicher geglaubte Errungenschaften, wie gleiche Rechte für Frauen und Männer und Fortschritte auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichberechtigung werden von Teilen der Gesellschaft in Deutschland aber auch weltweit relativiert, in Frage gestellt oder mit Gewalt bekämpft.

Gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen ist Ausdruck der Stärke einer Demokratie

Eine Demokratie ist ohne gleiche Mitbestimmungsrechte und tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeiten von Frauen unvollkommen.

Die Mitwirkung und Vertretung von Frauen hat sich partiell auf kommunaler Ebene, in den Ländern, im Bund und Europa - auch mittels gezielter Förderprogramme, Mentoring und Quotierungen – verbessert. Dennoch bleibt der Frauenanteil in den Parlamenten, Regierungen, Verwaltungen und Führungspositionen nach wie vor deutlich hinter einer Parität zurück. In jedem Landesverband der CDU sind Förder- und Mentorenprogramme für Frauen verbindlich anzubieten.

Parlamente, in denen Frauen nicht ausreichend vertreten sind, haben über kurz oder lang ein Repräsentations-, Legitimations- und Akzeptanzproblem. Sie laufen Gefahr, Lebenswirklichkeiten auszublenden und zugleich fehlen wichtige Gestalterinnen und notwendige Mittlerinnen in die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Die jüngste Reform des Bundestagswahlrechts der Ampel-Koalition hat gravierende Mängel und ist unzureichend. Sie beschränkt nicht nur die Wahlchancen von direkt gewählten Abgeordneten in politisch stark umkämpften Wahlkreisen, sie gibt darüber hinaus auch keinerlei Antwort darauf, wie der Anteil von Frauen im Deutschen Bundestag weiter erhöht oder Parität erreicht werden soll. Wir fordern die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Parlamenten und Regierungen auf allen politischen Ebenen.

Geschlecht ist mehr als ein soziales Konstrukt

Wir wenden uns dagegen, Geschlecht nicht mehr als grundlegende biologische Kategorie zu verstehen, sondern in erster Linie und überwiegend nur noch als soziales Konstrukt.

Dass Menschen, deren biologisches Geschlecht nicht eindeutig männlich oder weiblich ist und deshalb Probleme mit ihrer geschlechtlichen Identität haben, oder andere, deren äußere Geschlechtsmerkmale oder deren geschlechtliche Identität nicht mit ihrem biologischen Geschlecht übereinstimmen, das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben sowie gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung formulieren, ist berechtigt. Eine Reform des Transsexuellengesetzes aus dem Jahre 1980 ist daher auch unabhängig von seiner teilweisen Verfassungswidrigkeit notwendig und geboten.

Das biologische Geschlecht ist aber anders, als es auch das Selbstbestimmungsgesetz mit dem erleichterten Personenstandswechsel suggeriert, gerade nicht frei wählbar. Für Diskriminierung von Frauen ist kennzeichnend, dass das biologische Geschlecht „weiblich“ - ungeachtet individueller Fähigkeiten und persönlicher Merkmale - zum Ausgangspunkt von Benachteiligung und Unterdrückung gemacht wird. Hinzu kommen soziale Rollenzuschreibungen (Gender), die tatsächliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern (Sex) mit gesellschaftlichen Erwartungen, Rechten oder Nachteilen bis hin zur Diskriminierung und gewaltsamer Unterdrückung negativ aufladen und verstärken.

Als politischer Frauenverband wenden wir uns sowohl gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts als auch durch diskriminierende und einschränkende Rollenzuschreibungen.

Freiheits- und Schutzrechte ins Gleichgewicht bringen

Selbstbestimmung ist grundlegend für eine freiheitliche Gesellschaft. Ebenso wie der Freiheitsbegriff notwendig seine Ergänzung im Begriff der Verantwortung für sich und andere braucht, kann der Selbstbestimmungsbegriff nur dann Maßstab für gesetzgeberisches Handeln sein, wenn die Rechte Dritter mitgedacht und berücksichtigt werden. Artikel 2 Absatz 1 unseres Grundgesetzes bindet die freie Entfaltung der Persönlichkeit deshalb auch daran, dass Rechte anderer nicht verletzt werden.

Wir wenden uns gegen einen Ich-bezogenen Selbstbestimmungsbegriff, wie ihn die Ampel-Regierung bei ihren Gesetzesvorhaben zum Maßstab macht, und fordern stattdessen eine Politik, die die Rechte und den Schutz aller im Blick hat:

- Selbstbestimmungsgesetz

Mit dem Selbstbestimmungsgesetz der Bundesregierung besteht die Gefahr, dass in der Frauen- und Gleichstellungspolitik über Generationen mühsam erkämpfte Rechte und Schutzräume für Frauen systematisch unterlaufen und die gezielte Förderung von Frauen, so wie sie im Grundgesetz in Artikel 3 Absatz 2 festgeschrieben ist, um Benachteiligungen für Frauen abzubauen, zur Farce werden.

Wenn Geschlecht wie hier, vor allem als ein soziales Konstrukt verstanden wird, müssen sich Frauen schon heute erneut fragen lassen, warum sie sich nicht in ihren Verhaltensweisen verändern oder einfach männlichen Normen anpassen. Vor allem auch lesbische Frauen fühlen sich durch das geplante Selbstbestimmungsgesetz in ihrer Autonomie in Frage gestellt und sehen Schutzräume für Frauen im tatsächlichen wie übertragenen Sinne in Gefahr.

Jugendschutz ist im Selbstbestimmungsgesetz unzureichend geregelt. Dem nicht nur in Deutschland festzustellenden besorgniserregenden Trend, dass vor allem Mädchen in der Pubertät den Wunsch einer Geschlechtstransition äußern, wird durch das Selbstbestimmungsgesetz noch Vorschub geleistet.

Wir fordern deshalb unter anderem einen besseren Jugendschutz im Selbstbestimmungsgesetz: Neben einer verpflichtenden Beratung und Begleitung für Minderjährige und ihre Eltern bei einer angestrebten Personenstandsänderung soll ein befürwortendes, für die Betroffenen kostenfreies, psychologisches Gutachten zwingende Voraussetzung mindestens für jede medizinische Maßnahme sein. Personenstandsänderungen sollen frühestens ab 16 Jahren mit Zustimmung der Eltern möglich sein.

- § 218 StGB, reproduktive Selbstbestimmung

Mit der Abschaffung des Werbeverbots von § 219 a StGB hat die Ampel-Koalition bereits den ersten Schritt getan, den gesellschaftlichen Konsens zur Abtreibung in § 218 StGB, der die schwierige Abwägung zwischen dem Recht der Frau auf Selbstbestimmung und dem Lebensrecht des Kindes normiert, aufzukündigen. So diskutiert sie derzeit in Expertengruppen die Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen außerhalb des Strafrechts und weitere Maßnahmen zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin wie die Ermöglichung der altruistischen Leihmutterchaft, von Eizell- und Embryonenspenden durch Änderungen im Fortpflanzungs-, Abstammungs- und Familienrecht. Diese Fragen tangieren uns als Frauen in ganz besonderer Weise und berühren für uns wichtige frauen- und gesellschaftspolitische Grundsätze.

Wir setzen uns bei Fragen der reproduktiven Selbstbestimmung für gesetzliche Regelungen ein, die die Rechte aller im Blick haben und schützen. § 218 StGB wollen wir beibehalten.

- Prostitution

Mit ihrer Weigerung anzuerkennen, dass nur sehr wenige Frauen selbstbestimmt der Prostitution nachgehen, blockiert die Bundesregierung den Weg für einen Perspektivwechsel für hunderttausende Frauen. Mehr als 90 Prozent der Prostituierten sind ihrer sexuellen Autonomie beraubt und Gewalt, Zwang und Erniedrigung durch Menschenhändler, Zuhälter und Freier ausgesetzt. Das immer wieder bemühte Bild der selbstbestimmten Sexarbeiterin versperrt den Blick auf die brutale und menschenwürdelose Realität dieser übergroßen Mehrheit entrechteter Frauen. Das Prostitutionsgesetz der rot-grünen Bundesregierung von 2002 hat mit der Legalisierung der Prostitution den grundrechtlich gebotenen Würdeschutz verletzt und seine Ziele nicht erreicht. Deutschland ist seitdem zu einem Zielland von Menschenhandel, sexueller Ausbeutung und Prostitution geworden. Eine Vielzahl anderer Länder wie Schweden, Norwegen, Island, Kanada, Nordirland, Frankreich, Irland und Israel gehen längst andere Wege.

Wir wollen den Perspektiv- und Paradigmenwechsel in der Prostitution auch in Deutschland und fordern dazu neben umfassenden Ausstiegshilfen, Aufklärung und Prävention ein strafbewehrtes Sexkaufverbot für Freier bei gleichzeitiger Straffreiheit für Prostituierte.

Selbstverständlich: Gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt und soziale Sicherung

Die Folgen des demografischen Wandels in Deutschland und Europa sind mittlerweile auch am Arbeitsmarkt deutlich sichtbar. Der Mangel an Arbeitskräften wird immer mehr zu einem gravierenden Problem. Die Folgen hunderttausender unbesetzter Ausbildungs- und Arbeitsstellen sind schon heute unübersehbar. Auch die Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit stoßen an Grenzen, wenn die für eine verlässliche Entlastung erforderlichen Pflege- und Betreuungskräfte in Kitas, Schulen, Pflegediensten und -einrichtungen fehlen. Attraktive Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen mit entsprechenden Verdienstmöglichkeiten und Aufstiegschancen sind die Voraussetzung dafür, dass sich die Situation nicht weiter verschärft.

Frauen sind in Deutschland längst so gut gebildet und ausgebildet wie Männer. Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland ist auch im europäischen Vergleich hoch. Allerdings sind bei uns besonders viele Frauen in Teilzeit, halbtags oder geringfügig beschäftigt. Das schmälert ihre Chancen für berufliches Fortkommen und ein eigenständiges Auskommen, auch im Alter. Wie rasch eine Teilzeittätigkeit im Krisenfall zu einer traditionellen Aufgabenteilung in der Familie führen kann, hat die Corona-Pandemie gezeigt. Es waren überwiegend die Frauen, die sich bis zur Erschöpfung um ihre Kinder gekümmert haben, wenn Kita und Schule nicht oder nur am heimischen Küchentisch stattfinden konnten. Zudem arbeiten Frauen noch zu häufig in Branchen und Berufen mit unterdurchschnittlicher Entlohnung.

Die zügige Umsetzung der Rechtsansprüche auf Kinderbetreuung in Krippe, Kita, Grundschule und Kindertagespflege, verlässliche gute Ganztagsbetreuung, Entgeltgleichheit, eine Stärkung der Tarifbindung, die Förderung von Mädchen und Frauen in MINT-Berufen, mehr Frauen in Führungspositionen und als Unternehmerinnen sowie eine geschlechtergerechte Digitalisierung der Arbeitswelt sind für uns unabdingbare Rahmenbedingungen für den Abbau des Fachkräftemangels und Gleichstellung. Um Fehlanreize abzubauen und die eigenständige soziale Sicherung von Frauen zu stärken, fordern wir im bestehenden Ehegattensplitting die Abschaffung der Steuerklasse V. Die sozialversicherungspflichtigen Sonderregelungen für auf Dauer angelegte Mini-Jobs müssen bis auf Ausnahmen für Schüler, Studenten und Rentner entfallen. Das Elterngeld hat sich bewährt und wichtige Gleichstellungsimpulse gesetzt und sollte deshalb zugunsten weiterer verpflichtender Partnermonate weiterentwickelt werden. Für viele Frauen, die keine Chance hatten, in stärkerem Umfang eine eigenständige Alterssicherung aufzubauen, ist die Witwenrente fester Bestandteil der gemeinsamen ehelichen Verantwortung füreinander. Wir wenden uns deshalb gegen eine Abschaffung der Witwenrente, die viele Frauen zu Fürsorgeempfängerinnen des Staates machen würde.

Gutes Zusammenleben setzt gleiche Rechte für Frauen und deren Integration voraus

Die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt unter den Zuwanderern und in der Aufnahmegesellschaft stellen Einwanderungsländer wie Deutschland vor große Herausforderungen im gesellschaftlichen und sozialen Integrationsprozess. Voraussetzung für ein gutes und friedliches Zusammenleben ist die uneingeschränkte Beachtung der Gesetze und Regeln des Aufnahmelandes.

Für zugewanderte Menschen ist die deutsche Sprache der Schlüssel zur Integration in Deutschland: Damit sich Frauen und insbesondere junge Mütter besser und schneller tatsächlich integrieren, müssen Alphabetisierungs- und Deutschkurse mit der Möglichkeit zur Kinderbetreuung flächendeckend niederschwellig von Beginn des Aufenthalts angeboten und verpflichtend wahrgenommen werden – auch mit betreuungspflichtigen Kindern unter 3 Jahren.

Nicht verhandelbar ist für uns insbesondere die rechtliche und tatsächliche Stellung der Frau. Ob in Ehe, Familie und Gesellschaft - die grundlegenden Menschenrechte wie z.B. das Recht auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung, Bildung, Gleichberechtigung und freie Meinungsäußerung gelten für alle Frauen unabhängig von ihrer Herkunft, Kultur oder Religionszugehörigkeit.

Die sogenannte „toxische Männlichkeit“ gefährdet Demokratien und sät Hass

Rechtsradikale Parteien, fundamentalistisch-religiöse, islamistische und andere gewaltbereite Gruppierungen wie Reichsbürger oder Anhänger der Incel-Bewegung wollen das Rad der Zeit zurückdrehen und stellen die in Jahrhunderten erkämpften Errungenschaften der Aufklärung und Emanzipation in Frage. Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist für sie weder Ziel, noch grundrechtlicher Anspruch, sondern Widerspruch zu einer vermeintlich natürlichen Ordnung und Bedrohung für die traditionelle Familie und ihre Vorstellungen von Männlichkeit. Emanzipation und Feminismus gelten als Reizwörter und dienen als Projektionsfläche für chauvinistische, rückwärtsgewandte gesellschaftliche Vorstellungen sowie zur politischen Polarisierung und Mobilisierung. Entsprechende Narrative finden sich auch in der Rhetorik autokratischer Führer wie der des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Die Autokraten, Despoten, Narzissten und religiösen Fanatiker unserer Zeit missbrauchen die ihnen in Wahlen oder Pseudowahlen übertragene Macht, indem sie Verfassungen und Gesetze ändern, um ihre Macht auf Dauer auszubauen, Gewaltenteilung abzuschaffen oder Minderheiten und Andersdenkende zu schwächen. Die Rechte von Frauen werden dabei gezielt diskreditiert, wie die verschärften Bestimmungen für Abtreibungen z.B. in einzelnen Bundesstaaten der USA oder Polen und auch homo- bzw. transphobe Gesetzesinitiativen weltweit zeigen. Nicht zuletzt legitimieren diese Einstellungen und Narrative in den Augen ihrer Anhänger auch brutalste Gewalt gegen Frauen.

Gegen Desinformation, Fake News und neue Frauenfeindlichkeit setzen wir auf Fakten, wissenschaftlich fundierte Erkenntnis und Bildungskompetenz. Pluralität, Transparenz, Partizipation und Gleichberechtigung stärken die Resilienz einer Demokratie.

Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit rechts- und linksradikalen sowie -extremen Parteien an den Rändern des politischen Spektrums ab und wenden uns gegen gefährlichen Aktionismus, menschenverachtende Ideologien und Verschwörungstheorien.

Frauenspezifische Gewalt konsequent ahnden

Sexistische Einstellungen und frauenfeindliche Anfeindungen, Hetze und Drohungen haben nicht nur im Internet und den sozialen Medien deutlich zugenommen. Auch immer mehr geschlechtsspezifische Übergriffe und brutale Gewalt gegenüber Frauen wegen ihres Geschlechts geben Anlass zur Besorgnis. Nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) stiegen die Fallzahlen bei Vergewaltigungen, sexueller Nötigung und sexuellen Übergriffen in 2022 um 20 Prozent. Auch gibt es mit 432 Fällen pro Tag deutlich mehr häusliche Gewalt (plus 9,4 Prozent). Die signifikante Zunahme in den letzten sechs Jahren lässt sich auch nicht allein auf die

Erfassung aufgrund veränderter Straftatbestände und Erhellung des Dunkelfelds zurückführen. Erst jüngst sorgte eine repräsentative Umfrage (Plan International 2023) für Aufsehen, nach der unter jungen Männern zwischen 18 und 35 Jahren 34 Prozent die Aussage teilten, dass sie gegenüber Frauen schon mal handgreiflich werden, um ihnen Respekt einzuflößen und 33 Prozent es in Ordnung finden, wenn ihnen bei einem Streit mit ihrer Partnerin gelegentlich die Hand ausrutscht.

Wir stellen uns entschieden gegen jede Form von Sexismus, sexueller Fremdbestimmung und geschlechtsspezifischer Gewalt. Wir akzeptieren auch keine Relativierung oder Rechtfertigung von Übergriffen mit Verweis auf religiöse oder kulturelle Gründe. Gegen die strukturellen Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt müssen verstärkt auch transformative Ansätze in der Männerarbeit zur Anwendung kommen. Wir fordern die kriminalstatistische Erfassung von Straftaten gegen das Geschlecht, darauf aufbauend die Verschärfung des Strafrahmens und wirksame Maßnahmen zur Einhaltung von Auflagen und Vermeidung von Wiederholungstaten (z.B. Fußfesseln zur Einhaltung von Näherungsverboten). Wir brauchen dringend die rechtlichen Möglichkeiten, mittels Vorratsdatenspeicherung der IP-Adressen Straftäter aus der Anonymität im Netz holen und zur Verantwortung ziehen zu können. Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der Bürgerinnen und Bürger wirksam schützt und Straftäter schnell und konsequent zur Rechenschaft zieht. Das bestätigt auch sein Gewaltmonopol, seine Institutionen und deren Repräsentantinnen und Repräsentanten.

Für eine robuste werte- und interessengeleitete Frauenaußenpolitik

Der brutale russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat eine Zeitenwende eingeleitet, die nicht mehr zurückzudrehen ist. Der Frieden in Europa, unsere Freiheit, unsere Werteordnung und unser Wohlergehen sind in einem Maße bedroht, wie wir es seit Jahrzehnten nicht erlebt haben.

Millionen Menschen sind auf der Flucht, Kinder wurden ihren Eltern entrissen, nach Russland verschleppt und umerzogen. Die Auswirkungen des russischen Embargos auf ukrainische Getreidelieferungen treffen insbesondere Menschen in den ärmsten Ländern der Welt.

Frauen und Mädchen werden systematisch vergewaltigt und geraten in die Hände von Menschenhändlern. Insbesondere Soldatinnen und Soldaten in Kriegsgefangenschaft, aber auch die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten ist unbeschreiblicher Folter bis hin zur Zwangssterilisation ausgesetzt und droht ermordet zu werden.

Die Taliban in Afghanistan und das Mullah-Regime im Iran bedrohen gezielt Frauen und schränken sie in ihren Grundrechten ein. Weder wollen Frauen und Mädchen in Afghanistan wieder aus Schulen, Universitäten, Berufen und dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Noch wollen gerade auch junge Frauen im Iran den



Kopftuchzwang länger erdulden, der für sie Symbol der Erniedrigung, Ausgrenzung und Rechtlosigkeit ist. Diese Frauen demonstrieren unter Gefahr für Leib und Leben für ihre Freiheit und widersetzen sich im Alltag der Herrschaft der religiösen Fanatiker dieses Terrorregimes. Sie hoffen dabei auf unsere dauerhafte Solidarität und unser konkretes Handeln.

Migration aufgrund des Klimawandels ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern ein langfristiges Phänomen, das in seiner Dimension und den Auswirkungen noch weiter zunehmen wird. Frauen und Kinder auf der Flucht sind besonders verwundbar und verletzlich. Häufig werden sie Opfer skrupelloser Schlepper und Menschenhändler. Zwangsverheiratungen, Vergewaltigungen, Zwangsprostitution und Arbeitsausbeutung sind die Begleiterscheinungen auf dem Weg Richtung Europa und Deutschland. Allzu oft endet er tödlich oder in überfüllten Flüchtlingscamps ohne Hoffnung auf Familiennachzug, ein eigenständiges Leben durch Bildung und Ausbildung.

Frauenaußenpolitik ist Politik für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie. Wir stehen für eine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die Frauen selbstverständlich mitgestalten und die ihre spezifische Lebenssituation im internationalen Kontext wahrnimmt, ihre konkreten Bedürfnisse berücksichtigt, ihre Rechte beachtet und sie von Betroffenen zu Akteurinnen macht.

Wo Frauenrechte gestärkt und bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten abgebaut werden, wird gesellschaftlicher Gewalt und bewaffneten Konflikten vorgebeugt. Denn die Teilhabe von Frauen an allen gesellschaftlichen und politischen Prozessen trägt dazu bei, Krisen entgegenzuwirken. Ihre Teilhabe an Friedensprozessen stärkt die Post-Konflikt-Ordnung.

Mit reinem Pazifismus können Frauen und Kinder gegen brutale Gewalt und Menschenverachtung nicht wirksam geschützt werden. Die Zerstörung der regelbasierten internationalen Friedensordnung muss in letzter Konsequenz auch mit Waffengewalt gegen gewissenlose Aggressoren verteidigt werden.

Wir fordern mehr Transparenz bei der feministischen Außenpolitik und die unabhängige Evaluation ihrer Maßnahmen, um die Instrumente der Frauenaußenpolitik kontinuierlich zu verbessern und ihre Akzeptanz bei den Akteuren zu erhöhen.

Wir fordern die konsequente Aufarbeitung und Ahndung aller russischen Kriegsverbrechen und Verantwortung Wladimir Putins und der weltweiten Kriegsverbrecher vor einem internationalen Strafgerichtshof. Frauen im Krieg - ob an der Front, in den wieder befreiten Gebieten, auf der Flucht oder in ihrer Heimat - brauchen auch weiter unsere Unterstützung: mit Waffen und Munition, mit auf ihre Bedürfnisse ausgerichteter Ausrüstung und Ausbildung, mit

spezifischer humanitärer Hilfe sowie medizinischer und psychotherapeutischer Versorgung, mit Möglichkeiten zum professionellen Austausch und Erholung.

Um den Forderungen gegenüber dem Iran auf Freilassung der politischen Gefangenen, Aussetzung der Hinrichtungen und Ende der Gewalt insbesondere gegen Frauen und Kinder mehr Nachdruck zu verleihen, fordern wir von der Bundesregierung neben vollständiger Transparenz über ihr Vorgehen und die laufenden Verhandlungen mit dem Iran zum Atom-Abkommen (JCPOA), die unmittelbare Einordnung der Iranischen Revolutionsgarden (IRGC) als Terrororganisation sowie die Schließung des Islamischen Kulturzentrums in Hamburg.

Wir fordern die Bundesregierung auf, in Europa und mit anderen großen internationalen Geldgebern auf eine abgestimmte Haltung in Bezug für die Lieferung von Nahrungs- und anderen Hilfsgütern nach Afghanistan hinzuwirken und gegenüber den Taliban deutlich zu machen, dass sie die fortschreitenden Einschränkungen der grundlegenden Menschenrechte von Frauen und Mädchen nicht folgenlos hinzunehmen bereit sind.

Kriege, Pandemien, Klimawandel und Migration sind längst keine regionalen Ereignisse mehr. Damit Menschen so lange wie möglich in ihrer Heimatregion leben können, braucht es eine engere Zusammenarbeit zwischen Regionen, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft. Bei der Erarbeitung von Klima-Anpassungsprojekten sind geschlechtsspezifische Aspekte konsequent zu berücksichtigen und die ausreichende Beteiligung von Frauen durchgängig sicherzustellen.

Demokratie, Freiheit, Sicherheit, Gleichberechtigung und Wohlstand müssen immer wieder auf's Neue verteidigt und notfalls auch erkämpft werden, um sie zu erhalten. Dafür stehen wir. Grundsätzlich!